Bürokratie: Krankenhäuser fordern Entlastung

Vorschläge der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat ihre Positionen zur Bekämpfung der ausufernden Bürokratie im Klinik-Sektor aktualisiert. In 55 Punkten mit konkreten Maßnahmenvorschlägen zeigt die DKG detailliert Einzelprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten auf und fordert unter anderem, Nachweispflichten auf das Wesentliche zu reduzieren und zu vereinfachen. Die Bürokratiefolgenabschätzung ist zu stärken, und Fristen sind so zu gestalten, dass die Krankenhäuser neue Anforderungen rechtzeitig umsetzen können. Digitalisierung müsse die Beschäftigten tatsächlich entlasten, statt sie mit neuen Hürden zu konfrontieren. Diese reichten von redundanten Übermittlungspflichten beim Personal über komplizierte Anerkennungsprozesse bei ausländischen Fachkräften bis hin zu komplexen Nachweispflichten bei der Übergangspflege. Das aktualisierte Positionspapier folgt auf die Neubildung der Koalition und die weiterhin intensiv geführte politische Debatte um Entbürokratisierung.

Bereits 2024 hatte die DKG der Bundesregierung und insbesondere dem damaligen Gesundheitsminister Karl Lauterbach konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung unterbreitet, die im BMG allerdings kein Gehör fanden. Mehrfach versprach der Ex-Minister ein Entbürokratisierungsgesetz, hat es aber bis zum Ende seiner Amtszeit nie vorgelegt, sondern mit der Krankenhausreform die Bürokratielast sogar noch vergrößert.

Drei Stunden Bürokratie pro Tag

„Rund drei Stunden müssen Ärztinnen und Ärzte genauso wie Pflegekräfte jeden Tag mit Bürokratie verbringen. Die Schreibarbeit geht weit über die notwendige medizinische und pflegerische Dokumentation hinaus. Wenn wir von Überbürokratisierung sprechen, meinen wir keine sinnvolle und unverzichtbare Schreibarbeit, sondern Mehrfachdokumentationen, sich ständig wiederholende Antragspflichten oder überkomplizierte langwierige Verfahren. Wir beklagen einerseits den Fachkräftemangel, andererseits binden wir unsere hochqualifizierten Beschäftigten stundenlang an den Schreibtisch, so dass sie ihrer eigentlichen Arbeit im Behandlungsteam, im Operationssaal oder am Krankenbett nicht nachgehen können“, erklärt die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG **Prof. Dr. Henriette Neumeyer**.

Eine Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts unter bundesweit 400 Krankenhäusern bestätigt diesen Eindruck: Demnach ist der tägliche Dokumentationsaufwand in den vergangenen zwölf Monaten sogar noch einmal gestiegen. Rechnerisch sind aktuell etwa 35 % der Mitarbeitenden im Pflegedienst und rund 38 % der Ärztinnen und Ärzte ausschließlich mit Dokumentationstätigkeiten befasst. 34 % der Krankenhäuser mussten deshalb sogar zusätzliches Ärzte- bzw. Pflegepersonal einstellen. Als besonders zeitaufwändig beurteilen die Krankenhäuser die Bearbeitung von Anfragen des Medizinischen Dienstes (MD) bzw. Dokumentation, die den Anforderungen und Prüfkriterien des MD genügt. Ähnliches gilt für die Nachweise und Checklisten zur internen und externen Qualitätssicherung. Doch auch die Dokumentationsaufwände für verschiedene Personalbemessungsinstrumente werden zunehmend kritisch gesehen.

„Schon eine Stunde weniger Bürokratie pro Vollkraft und Tag würde rechnerisch die Arbeitszeit von rund 22 100 Vollkräften im ärztlichen und 48 900 Vollkräften im pflegerischen Bereich freisetzen. Dieses Potential muss angesichts der aktuellen Herausforderungen infolge des demografischen Wandels und knapper Finanzmittel dringend in der Versorgung eingesetzt werden. Die DKG hat der Politik mit ihren Positionen konkrete Vorschläge an die Hand gegeben, wie sich die wachsende Bürokratielast konsequent abbauen lässt, ohne dass die Versorgungsqualität darunter leidet. Die Ministerin betont immer wieder, wie wichtig weniger Bürokratie im Gesundheitswesen sei. Erste kleine Schritte sind getan, zum Beispiel mit dem Gesetz für beschleunigte Anerkennungsverfahren in Heilberufen. Was fehlt, ist Entbürokratisierung im großen Stil. Das ist eine herausragende Aufgabe der Gesundheitspolitik in dieser Legislaturperiode, die nicht länger aufgeschoben werden darf“, erklärt DKG-Vize Neumeyer.

Das Positionspapier der DKG steht auf der Website der DKG (www.dkgev.de) zum Download bereit. Auch die Ergebnisse einer DKI-Blitzumfage zum Thema sind dort abrufbar. *krü* ■

www.daskrankenhaus.de (Online-Volltext-Version)